

# LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
155 · Ausgabe BL·BS · Juli 2015



## Region Basel als Wirtschaftsstandort verteidigen

### Region Basel als offenes Dreiland

Günther Verheugen bezeichnete die Region Basel kürzlich als ein «europäisches Juwel». Sie sei «eine wunderbare Verbindung von Geschichte und Modernität, von Tradition und Innovation, eine der wirtschaftlich stärksten, kulturell und landschaftlich attraktivsten Regionen Europas. Nicht auf sich selbst bezogen, sondern offen und kommunikativ». Die Anerkennung, welche das Dreiland für seine grenzüberschreitende, dynamische Entwicklung im Herzen Europas spürt, erfährt es in der Eidgenossenschaft selten. In Bern fällt der Nordwestschweiz eher ein Exotenstatus zu. Die Bezeichnung «offen und kommunikativ», welche Verheugen unserer Region zuschreibt, will nicht so richtig zur Schweiz passen. Obwohl – oder vielleicht gerade weil – die Nordwestschweiz in Sachen internationale Zusammenarbeit und Wirtschaftswachstum den anderen Regionen seit Jahren voraus ist, muss sie in Bern immer um die Anerkennung ihrer Leistungen und ihrer Anliegen kämpfen.

### Probleme der Masseneinwanderungsinitiative

Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat diese Pro-



Eric Nussbaumer, Nationalrat SP BL



Beat Jans, Nationalrat SP BS

Die beiden Nationalräte sind bekannt als Energiespezialisten und Verfechter des Atomausstiegs. Sie setzen sich aber nicht nur in der Umwelt- und Energiekommission für die Anliegen der Region ein, sie spielen als Mitglieder der Ausserpolitischen Kommission (Nussbaumer) und als Mitglied der Wirtschaftskommission (Jans) auch eine wichtige Rolle bei wirtschaftspolitischen Weichenstellungen.

blematik zugenommen. Eine Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung ohne gravierende Nachteile für die Nordwestschweiz ist nicht denkbar. Nicht weniger als 90 000 Nordwestschweizer Arbeitsplätze hängen an multinationalen, auf Handel und Innovation ausgerichteten Unternehmen. Werden die internationalen SpitzenforscherInnen zahlenmässig limitiert, leidet die Innovationskraft dieser Firmen, der Forschungs- und Entwicklungsstandort Region Basel wird schlagartig abgehängt. Und viele zuliefernde KMUs mit ihnen. Die Kontingentierung von Fachkräften und GrenzgängerInnen aus Europa stellt unsere auf Forschung und Innovation spezialisierte Grenzregion auf die Probe, wie kaum einen anderen Landesteil der Schweiz. Sie beraubt uns unserer Stärke. Damit aber nicht genug: Wenn wegen der Einschränkung der Personenfreizügigkeit die bilateralen Verträge mit der EU auch noch ins Rutschen kommen, wird unsere Region im Kern getroffen und gespalten.

### Bilaterale erhalten!

Für uns ist klar, die Bilateralen dürfen nicht gefährdet werden. Die Herausforderungen sind schon so gross

genug. Der starke Franken belastet die Kleinbetriebe in der Grenzregion enorm. Hinzu kommt das Loch in der Bundeskasse, das mit der Unternehmenssteuerreform II aufgerissen wurde und mit der Unternehmenssteuerreform III trotz des Widerstandes der SP wohl noch vergrössert wird. Die Finanzierung von wichtigen Forschungs- und Bildungsaufgaben gerät dadurch ebenso unter Druck wie wichtige Infrastrukturprojekte für unsere Region. Eine Gefährdung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa als Folge der Masseneinwanderungsinitiative bringt das Fass definitiv zum Überlaufen und muss abgewendet werden. Wir setzen uns deshalb konsequent dafür ein, dass es zu einem neuen Volksentscheid kommt, der sicherstellt, dass die bilateralen Verträge erhalten bleiben. Der Austausch mit unseren Nachbarn darf nicht beeinträchtigt und unser Wirtschaftsstandort nicht gefährdet werden. Genauso werden wir uns für wachsende Investitionen in Forschung und Bildung und gegen Steuergeschenke einsetzen, die das Bundesbudget gefährden, damit unsere Region ihre Stärken behalten kann.

# ELBA: Warum das Referendum?

1,8 Milliarden Franken sollen in den nächsten Jahrzehnten in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Unterbaselbiet investiert werden! Auf Antrag des Regierungsrates hat der Landrat diesen Grundsatzentscheid gefällt. Als Resultat eines mehrjährigen Entwicklungsplanungsprozesses wurden dem Landrat zwei unterschiedliche Lösungsansätze vorgelegt. Während die Variante «Umbau» die zielgerichtete Weiterentwicklung der bestehenden Struktur verfolgt und ca. 800 Mio. Franken kostet, verlangt die Stossrichtung «Ausbau» radikal neue Elemente und schlägt mit ca. 1,8 Milliarden Franken zu Buche.

Im «Umbau» werden Industriebrachen und unternutzte Areale neu genutzt und die Entwicklung entlang der bestehenden Verkehrsinfrastrukturen konzentriert. Der öffentliche Verkehr wird deutlich gestärkt. Die Stossrichtung Umbau sieht eine Verdichtung entlang der Hauptverkehrsachsen vor. Im Gegensatz zum «Ausbau» gibt es keine Gemeinden, die einseitig vom Wachstum profitieren bzw. darunter leiden. Vielmehr wird ein gleichmässiges Wachstum, eine ausgewogene Entwicklung der

Einwohnerstärke der Gemeinden angestrebt. Arbeit und Wohnen am gleichen Ort, das ist ein wesentliches Ziel der Variante «Umbau».

Die momentane finanzielle Situation unseres Kantons lässt, wenn überhaupt, höchstens die Variante «Umbau» zu und diese ist erst noch die bessere Lösung. Das vom Landrat favorisierte Projekt Ausbau ist überrissen und jenseits aller Realitäten. Die SP steht klar hinter der Variante «Umbau» und befürwortet die Ausarbeitung eines Vorprojekts für den Zubringer Allschwil. Der «Ausbau» ist hingegen nicht zu verantworten. Der Kanton Basellandschaft ist mit 2,9 Milliarden Franken im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit doppelt bis dreifach so hoch verschuldet wie die allermeisten anderen Kantone der Schweiz. Wir haben also ein langfristiges Finanzproblem, das auch noch die kommenden Generationen beschäftigen wird. Die SP ist klar der Meinung, dass das Volk über solch weittragende Konsequenzen befragt werden muss. Darum das Referendum!

Christine Koch ist Landrätin und Mitglied der Bau- und Planungskommission



## Danke, Urs! Zum Rücktritt von Regierungsrat Urs Wüthrich

Der 30. Juni 2015 war der letzte Tag in der Regierungstätigkeit von Urs Wüthrich. Urs wird als Bildungsdirektor in die Geschichte eingehen, der im Kanton Baselland Harnos umgesetzt hat. Damit ist er dem klaren Willen der Baselbieter Bevölkerung nachgekommen. Heute darf mit Fug und Recht behauptet werden, dass Harnos auf der Primarstufe funktioniert. Die ersten Schülerinnen und Schüler lernen bereits zwei Fremdsprachen und durchlaufen nun die 6. Klasse in der Primarstufe. Die Lehrerinnen und Lehrer sind gut vorbereitet und bereit, die unterschiedlichen Herausforderungen anzunehmen. Widerstand gibt es vor allem von einigen Sekundarlehrerinnen und -lehrern, die nicht bereit sind, neue Wege zu gehen. Mit solchen Vorbehalten umzugehen, war für Urs kein grundsätzliches Problem. Schwierig wurde es, weil die Politik den Widerstand und damit die Lehrpersonen instrumentalisierte, um eine konstruktive Umsetzung von Harnos zu behindern und damit Urs Wüthrich und die ganze SP zu diskreditieren. Es zeichnet Urs aus, dass er unentwegt vorwärts schritt. So kann heute festgestellt werden, dass die schulische Integration ausgezeichnet funktioniert, obwohl der Landrat die entsprechende Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen hat. Urs ist der Prag-

matiker, der Lösungen im Alltag findet und ohne grosse Worte zum Ziel kommt.

Urs Wüthrich war aber auch der Regierungsrat, der sich intensiv mit der Kultur beschäftigt hat. Er hat unzählige kulturelle Anlässe auf der Landschaft und in der Stadt besucht und damit auch immer seine Wertschätzung den Schaffenden gegenüber ausgedrückt. Sein grosses Verdienst ist die Erarbeitung des Kulturleitbildes und des kürzlich im Landrat verabschiedeten Kulturgesetzes.

Und Urs Wüthrich hat auch den Sport sehr ernst genommen. Während seiner Regierungstätigkeit hat sich das Sportamt intensiv mit der Förderung des Breiten- und des Spitzensports befasst. Urs sorgte dafür, dass Spitzensportler/innen in der kantonalen Verwaltung eine Lehre absolvieren und gleichzeitig ihren Sport ausüben können.

Es gäbe noch viel zu erwähnen: Den Univertrag, den Ausbau der Fachhochschule Nordwestschweiz, usw. Hinter all dem steckt die unermüdete Arbeit und die Ausdauer eines Regierungsrates, der – gegen alle Widerstände – immer auf dem Boden und seinen Überzeugungen treu geblieben ist, aber immer auch offen war für andere Argumente und neue Perspektiven.

Regula Meschberger, Co-Präsidentin SP BL

### Arbeitsgruppe zum Armutsbericht Baselland

Endlich ist nun der durch einen SP-Vorstoss verlangte Armutsbericht Baselland erschienen. Wir nehmen das zum Anlass, den Bericht in einer Arbeitsgruppe zu studieren und daraus die notwendigen politischen Schlüsse zu ziehen. Wer mitarbeiten will, melde sich bei Ruedi Brassel: [ruedi.brassel@sp-bl.ch](mailto:ruedi.brassel@sp-bl.ch)

### Strafgericht Baselland

Im Strafgericht Baselland wird ein Sitz frei, der von der SP besetzt werden kann. Es handelt sich um ein Nebenamt im Umfang von 5–15 Stellenprozenten. Eine juristische Ausbildung ist nicht Voraussetzung, aber von Vorteil. Wer an einer Kandidatur Interesse hat, melde sich bis zum 31. Juli 2015 bei der Fraktionspräsidentin Kathrin Schweizer: [kathrinschweizer@vtxmail.ch](mailto:kathrinschweizer@vtxmail.ch).

### Sachgruppe Justiz

In der SP Baselland entsteht neu eine Sachgruppe Justiz. Wer Interesse daran hat, melde sich bei Ruedi Brassel: [ruedi.brassel@sp-bl.ch](mailto:ruedi.brassel@sp-bl.ch).

Hilf mit und melde dich an!  
[spbs.ch/basiswahlkampf](http://spbs.ch/basiswahlkampf)



## MACH MIT BEIM BASISWAHLKAMPF!

Für die Wahlen werden die Bürgerlichen dank dubiosen Millionen-Spendern das Land mit Plakaten und Inseraten überziehen. Sie wollen unser Land weiter abschotten und unsere Sozialwerke weiter schwächen. Wir hingegen wollen eine Schweiz der Offenheit und Solidarität. Wir machen eine Politik für alle statt für wenige, darum unterstützen uns keine Milliardäre und Grosskonzerne. Gegen den massiven Einfluss des Geldes können wir uns wehren – mit basisdemokratischem Engagement! Wir werden mit unseren Freundinnen, Verwandten und Bekannten über Politik diskutieren. Das Ziel unseres Basiswahlkampfes: Wir wollen mit 100 000 Menschen sprechen und sie überzeugen, sich bei diesen Richtungswahlen für eine gerechte, lebendige und moderne Schweiz auszusprechen. Diese Gespräche werden wir wie bis anhin beim Feierabendbier oder im Verein führen. Neu organisieren wir dazu auch gemeinsame Telefon-Anlässe im ganzen Land.

## Ausschreibung von Richterinnen- und Richterstellen

Mit dem neuen Gerichtsorganisationsgesetz werden das Wahlverfahren und teilweise die Verteilung der Richterstellen verändert. Ziel der SP Basel-Stadt ist es, ihre Vertretung an den Gerichten im bisherigen Ausmass aufrechtzuerhalten und Zurücktretende durch geeignete KandidatInnen zu ersetzen.

Per 1. Juli 2016 tritt das revidierte Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) in Kraft. Die Amtsperiode der bisher gewählten RichterInnen läuft per 30. Juni 2016 ab. Neu werden nur noch die Gerichtspräsidien (BerufsrichterInnen) vom Volk gewählt. Die nebenamtlichen RichterInnen von Appellations-, Zivil-, Straf- und Sozialversicherungsgericht werden vom Grossen Rat gewählt.

Die Wahl der nebenamtlichen RichterInnen in das Arbeits- und das Jugendgericht sowie an das Gericht für fürsorgliche Unterbringung erfolgt durch den Regierungsrat und wird von dieser Ausschreibung nicht miterfasst.

### Neuordnung der Gerichte

Mit Inkrafttreten des revidierten GOG wird ein zusätzliches 50%-Präsidium am Zivilgericht geschaffen. Ferner wird das bisherige Präsidium am Jugendgericht, welches der nicht mehr kandidierende Christoph Bürgin (nicht SP) innegehabt hatte, in ein 30%-Präsidium (Jugendgericht) und in ein 50%-Präsidium (Gericht für fürsorgliche Unterbringung) aufgeteilt. Welchen Parteien die neu geschaffene Präsidiumsstelle (Zivilgericht) bzw. die auf-

geteilten Präsidiumsstellen (Jugendgericht, Gericht für fürsorgliche Unterbringung) zustehen, wird Gegenstand von Gesprächen zwischen den Parteien sein. InteressentInnen werden deshalb darauf hingewiesen, dass eine parteiinterne Evaluation für eine dieser Stellen keinen Anspruch auf eine Nomination verschafft.

### I. Vakanzen bestehender SP-Sitze

#### A Präsidium am Zivilgericht (100%)

Für diese Berufsrichterstelle ist eine juristische Ausbildung mit Abschluss an einer schweizerischen Universität (Lizentiat oder Master inkl. Bachelor of Law) oder ein kantonales Anwaltspatent erforderlich. Anteile des Pensums können in gegenseitiger Vereinbarung an andere Teilzeitpräsidien abgetreten werden.

#### B Nebenamtliche Richterstelle am Appellationsgericht

Für diese Stelle gelten die gleichen Voraussetzungen wie unter A). Wichtig für AnwältInnen: Es dürfen keine Fälle vor Appellationsgericht oder einer der unteren Instanzen im Kanton Basel-Stadt vertreten werden.

#### C Zwei nebenamtliche Richterstellen am Sozialversicherungsgericht

Fachliche Voraussetzung: abgeschlossene Hochschulausbildung in Jurisprudenz, Medizin, Pflegewissenschaften, Sozialarbeit oder eine andere für das Gericht geeignete Hochschulausbildung oder gleichwertige Berufserfahrung.

### II. Neu geschaffene bzw. aufgeteilte Präsidien:

#### A Zivilgerichtspräsidium 50%

Berufsrichterstelle. Wahlvoraussetzungen wie unter Ziff. I. A) hiervor.

#### B Jugendgerichtspräsidium 30%

Berufsrichterstelle. Wahlvoraussetzungen wie unter Ziff. I A) hiervor.

#### C Präsidium Gericht für fürsorgliche Unterbringung 50%

Berufsrichterstelle. Wahlvoraussetzungen wie unter Ziff. I A) hiervor.

Wahlvoraussetzung für alle genannten Positionen ist die kantonale Stimmberechtigung. Die Nebenbeschäftigungen für Teilzeitpräsidien sind im GOG geregelt.

InteressentInnen reichen ein kurzes Motivationsschreiben samt Curriculum bis zum 29. Juli 2015 an Christian Hoenen, Präsident Sachgruppe Justiz und Sicherheit (christian.hoenen@bs.ch, oder SP Basel-Stadt, Postfach, 4005 Basel) ein. Sie werden die Gelegenheit haben, sich der Sachgruppe am 24. August 2015 persönlich vorzustellen. Die Sachgruppe gibt eine Empfehlung zuhanden von Parteivorstand, Delegiertenversammlung und Fraktion ab. Die Präsentation vor dem Parteivorstand findet am 14. September 2015 und die Nomination durch die Delegiertenversammlung am 29. September 2015 statt.

Christian Hoenen,  
 Präsident SG Justiz und Sicherheit

# Nicht bei den schwächsten einsparen!

Die Gesundheits- und Sozialkommission (GSK) lehnt die Kürzung bei der Beihilfe ab und beantragt Nichteintreten. Der Regierungsrat hat wegen eines Sparauftrags für die nächsten Jahre vorgeschlagen, die kantonale Beihilfe zu AHV/IV sowie Ergänzungsleistungen zu kürzen. Dies würde dem Kanton jährlich Einsparungen von 4,7 Mio. Franken einbringen, bedeutet aber, dass die über 10 000 Beihilfebezüger auf eine begründete finanzielle Unterstützung verzichten müssten.

Eine deutliche Kommissionsmehrheit, unter der natürlich die VertreterInnen der SP sind, beantragt Nichteintreten. Aus sozialpolitischer Sicht ist es bedenklich, wenn der Kanton Basel-Stadt Kürzungen vorsieht, wel-



Mustafa Atici, Grossrat und Vizepräsident SP BS

che über 10 000 EinwohnerInnen betreffen und für die Betroffenen im Portemonnaie 1:1 spürbar sind.

Auch wenn wir aus SP-Sicht nicht eine Summe pauschal mit einer anderen Summe vergleichen möchten und wir kein Interesse daran haben, soziale gegen z. B. kulturelle Anliegen auszuspielen, ist es dennoch fraglich, warum bei der Beihilfe gespart werden soll und z. B. bei den Theatersubventionen nicht.

Die kantonale Beihilfe bedeutet zwar im Einzelfall Kleinstbeträge von wenigen Dutzend Franken pro Monat. Diese sind aber angesichts der vielerorts herrschenden Einkommensverhältnisse wesentlich – jeder im Portemonnaie fehlende Franken wird im Alltag bemerkt. Die Beihilfe

ist im Kontext von AHV und IV samt Ergänzungsleistungen zu verstehen, nämlich als Existenzsicherung, die über das blosse Existenzminimum in sozialer Randlage hinausgeht und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Sparmassnahmen können bei Grossausgaben wie z. B. der Gestaltung des Innenstadtraumes problemloser umgesetzt werden als bei Beihilfen, welche den Nutznießern ein besseres Leben ermöglichen.

*Nachtrag: Am 25. Juni hat der Grosse Rat die Kürzung der Beihilfen mit 50 zu 35 Stimmen deutlich abgelehnt. Die SP und ihre Partner konnten auch bürgerliche PolitikerInnen davon überzeugen, dass im sozialen Bereich nicht gespart werden darf!*

## Diese Rechnung geht nicht auf

Die Baselbieter Rechnung 2014 schliesst ab mit einem Defizit von 120 Mio. CHF, 75 Mio. mehr als budgetiert. Beziehen wir die ausserordentlichen Ausgaben für die Sanierung der BLPK mit ein, erhöht sich der Fehlbetrag auf 1,17 Milliarden. Von der Sanierung, die mit dem Entlastungspaket 2012/15 angekündigt war, sind wir weiter entfernt denn je – obwohl damit eine Entlastung von ca. 120 Mio. erzielt werden konnte. Und die Aussichten sind angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung nicht rosig. Es ist die Rede von einem strukturellen Defizit in der Höhe von 200 Mio. Franken.

Fragen wir nach den Ursachen, ist zunächst einmal an die in den letzten 15 Jahren in diesem Kanton beschlossenen Steuererleichterungen von 130 Mio. Franken pro Jahr zu erinnern. Einnahmen, die man heute gut gebrauchen könnte. Ein

wesentlicher Grund für die heutige Finanzsituation liegt aber auch in der Entwicklung der Kosten. Wenn wir dabei genau hinschauen und eine etwas längerfristige Perspektive einbringen, stellen wir Erstaunliches fest. Etwa bei der viel geschmähten Kostentreiberin Bildung: Seit 2005 sind die Nettokosten für den Bildungsbereich um 9,4 % gestiegen. Die Steigerung bei der Sozialen Sicherheit lag bei 34 %, jene der Kosten für die öffentliche Ordnung und Sicherheit bei 66,6 %. Die Ausgaben für den Verkehr stiegen in den letzten 10 Jahren um 162 %. Den Vogel schießen aber die Gesundheitskosten ab, die in dieser Periode um nicht weniger als 225 % angestiegen sind.

Allein seit 2011 haben sich die Kosten für die Gesundheit um 58 %, sprich um 150 Mio. erhöht. Und im laufenden Jahr werden die budgetierten Ausgaben in diesem Bereich



Ruedi Brassel ist Sekretär der SP Baselland

– wie in der Nachtragskreditvorlage publik geworden – abermals um 32 Mio. übertroffen. Das ist nicht bloss ein Ausdruck dafür, dass der Gesundheitsdirektor Weber beim Budgetieren danebengegriffen hat. Alles deutet darauf hin, dass er die Kostenentwicklung nicht begriffen hat und deshalb auch die Kosten nicht in den Griff bekommen wird. Wie sollen aber die kantonalen Finanzen gesunden, wenn das kranke Gesundheitswesen alle Anstrengungen zunichte macht?

Trotzdem: Sanierungsmassnahmen sind nötig. Diese werden im Juli von der Regierung vorgestellt. Dabei wird wieder von der Opfersymmetrie die Rede sein. Aber man wird schweigen über die Asymmetrie bezüglich Nutznießern der Fehlentwicklungen der letzten Jahre. Eine solche Politik zulasten der Schwächsten werden wir nicht akzeptieren.

### AGENDA SP BL

- Mi, 1. Juli 2015, **Fraktionsausflug**, Seewen
- Do, 6. August 2015, **Ablauf der Referendumsfrist Keine Milliarden für Luxus-Strassen (Elba-Ausbau)**
- 12.-14. August, ganzer Kanton, **Wahltour der Kandidierenden für den National- und Ständerat**
- ab 17. August 2015, **diverse Wahlkampfaktionen** in allen Sektionen
- Do, 10. September, 19.30 Uhr, **gemeinsame Delegiertenversammlung SP BL und SP BS**, Markthalle, Basel

### AGENDA SP BS

- Ab sofort bis zum 18. Oktober finden diverse Flyer- und Wahlkampfaktionen in allen QVs und der ganzen Stadt statt.
- Mo, 17. August, 20 Uhr, **Parteivorstand**, Grosser Saal, Gewerkschaftshaus
  - Mi, 19. Aug., 20 Uhr, **QVP-Sitzung**, Grosser Saal, Gewerkschaftshaus
  - Sa, 29. August, 11 Uhr, **Velo-Corso**, Ort wird noch bekanntgegeben,
  - Do, 10. September, 19.30 Uhr, **gemeinsame Delegiertenversammlung der SP BS und SP BL**, Markthalle Basel